

Spionage-Prozess gegen Syrer abgesagt

Karlsruhe (dpa) – Generalbundesanwalt Kay Nehm hat das Verfahren gegen zwei wegen Spionage angeklagte Syrer mit Rücksicht auf die Terroristenbekämpfung eingestellt. Der für den heutigen Dienstag vor dem Oberlandesgericht Koblenz anberaumte Prozess wurde abgesagt, wie die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe mitteilte. „Der weiteren Verfolgung der beiden Angeklagten stehen überwiegende öffentliche Interessen insbesondere der Bekämpfung des internationalen Terrorismus entgegen“, heißt es in einer knappen Mitteilung. Nähere Einzelheiten zu der überraschenden Entscheidung wollte die Behörde nicht preisgeben. Die Anklage hatte die 50 und 43 Jahre alten Männern „jahrelange geheimdienstliche Agententätigkeit für syrische Nachrichtendienste“ vorgeworfen. Damit sollen sie Kritikern des syrischen Regimes geschadet haben. Die Anklage stützte sich auf die Aussagen von mehr als 50 Zeugen und Sachverständigen sowie monatelange Telefonüberwachung. Die beiden Syrer hatten die Vorwürfe bestritten. Ein Sprecher des Oberlandesgerichts sagte, dass mit der Rücknahme der Anklage die Anschuldigungen nicht widerlegt seien. Laut Strafprozessordnung sei ein Absehen von einer Verfolgung jederzeit möglich, wenn schwere Nachteile für die Bundesrepublik zu befürchten seien oder das Verfahren überwiegenden öffentlichen Interessen entgegen stehe.

220 000 Euro für

Ein Jahr nach dem Wahle

Fast zehn Millionen Euro

Von Gerd Zitzelsberger

London – Ungeachtet ihres Wahlerfolges vor einem Jahr steckt die britische Labour Party von Premierminister Tony Blair in einer massiven Krise. Eine Parteisprecherin sagte der *Süddeutschen Zeitung*, dass die Zahl der Mitglieder stark zurückgehe. Die Finanzen sind in einem so schlechten Zustand wie nie zuvor. Die Diskussion in England geht jetzt darum, ob die Gewerkschaften mit einer Verringerung der Spenden an die Partei erreichen, was sie mit einzelnen Streiks nicht geschafft haben – eine Kursänderung von New Labour.

Einen Mitgliederschwund müssen politische Parteien überall hinnehmen. Aber bei der früheren Arbeiterpartei hat es drastische Ausmaße erreicht: Im Jahr 1999/2000 zählte die Partei nach Angaben einer Sprecherin noch 361 000 Mitglieder. Im Jahr 2000/01 waren es dann nur noch 311 000, wozu allerdings auch eine Bereinigung von Karteileichen beigetragen habe. Seitdem ist die Mitgliederzahl freilich nochmals um zehn Prozent gesunken: Derzeit liege sie bei 280 000. Damit gehören jetzt nur noch sechs Promille der Wahlberechtigten Labour an.

Nicht besser sieht es bei den Finanzen aus. Für das laufende Jahr sei ein Defizit von knapp zehn Millionen Euro zu erwarten. Und bei den Banken nimmt Labour derzeit Kontokorrentkredite im Volumen von acht bis neun Millionen Euro in